

Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der illust. Monatsbeilage „Sichel und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14 täg. erscheinenden Beilagen „Tribüne“, „Die Rote Sichel“, „Der Jungprolet“, „Die Genossen“

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Millimeterzeile od. deren Raum 10 Wobspalten, Stellen- und Wohnungsangelegen., Familiennachrichten, Vereins- und Beramtungsangelegen. 4 Goldpfennige. — Retraire: Die Millimeterzeile 4spaltig über deren Raum im Satz 20 Goldpfennige.

Donnerstag, 3. April 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6-maligen Erscheinen monatlich 2.— Gm. wöchentlich 20 Pf. Einzeln. durch Straßenbd. u. Post 10 Pf. — Redaktion und Expedition: Breslau, Lebnitzer Straße 30. — Postfach: Breslau Nr. 810 68. — Fernsprecher: Breslau, Ring 8837

Eine neue Intervention gegen Rußland?

Humänische Kriegseröffnungen gegen Rußland. Die russisch-rumänische Konferenz gescheitert.

Wien, 2. April. Die rumänisch-russische Konferenz ist heute abgebrochen worden. Der Führer der russischen Delegation, Wotschastin, hielt eine Rede, welche scharfe Angriffe gegen Rumänien enthielt. Wotschastin bezeichnete die Okkupation Bessarabiens als einen Raub und stellte nochmals die Forderung nach einer Volksabstimmung. Er sagte, wenn die rumänische Regierung diese Volksabstimmung ablehne, so werde sie damit zusehen, daß sie Bessarabien nur gewaltsam in ihrer Macht halte, ebenso wie die Bukowina. Die rumänische Delegation war durch die scharfen Angriffe betroffen und verlangte eine Unterbrechung. Nach Wiederannahme der Sitzung erklärten die Rumänen weitere Verhandlungen für zwecklos und Wotschastin erklärte die Konferenz für beendet.

Moskau, 2. April. Rumänien hat, wie die „Pravda“ berichtet, in den letzten Tagen zahlreiche Truppen aus Transkarpatrien und der Wallachei nach Bessarabien verlegt; die Zahl der rumänischen Gendarmen an den bessarabischen Grenzen ist bedeutend vergrößert worden. Wie bessarabische Flüchtlinge berichten, habe die Siguranza, (rumänische politische Polizei) einen Überwachungsdienst eingerichtet, dessen drückende Bestimmungen die Erregung und Erbitterung der Bevölkerung immer mehr steigern.

Wieder einmal versuchen die Ententemächte, durch ihre Basallstaaten eine militärische Intervention gegen Sowjetrußland ins Werk zu setzen. Sie haben sich noch nicht genug blutige Köpfe in drei Jahren des Bürgerkrieges und der Banditenkriege gegen den Arbeiterstaat geholt. Frankreich insbesondere, das seine dem Jaren geliebten Frankennilitärden auf immer verschwendung sieht, und sieht, wie England durch die de-jure-Anerkennung Rußlands und die Aufnahme

enger Handelsbeziehungen ihm einen Vorsprung abzugewinnen sucht, will mit militärischen Mitteln den verhassten russischen Staat auf die Knie zwingen. Natürlich ist auch die englische Regierung, auch wenn Mitglieder der englischen Arbeiterpartei sie bilden, nicht so maßlos. Bei dem finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Einfluß Englands auf Rumänien, ist dieses Land außerstande, gegen den Willen des englischen Imperiums, selbst wenn es von Frankreich gegen Rußland vorgetrieben wird, den Kampf aufzunehmen. Zumindestens also duldet England stillschweigend die kriegerischen Vorbereitungen Rumäniens.

Bessarabien und die Wallachei sind die fruchtbarsten Gegenden Rumäniens. Sie werden jedoch von keinem einzigen Rumänen bewohnt, sondern von fremden Volksstämmen, insbesondere von Russen. Es liegt hier also ganz unbestreitbar eine brutale Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, eine schamlose Annexion vor.

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse, diese Anstifter der Entente, wagen natürlich nicht, offen gegen Rumänien und noch weniger gegen seine Hintermänner, die Ententestaaten, Stellung zu nehmen und das schmutzige Intriguen-spiel zu enthüllen. Trotz allen Kampfes gegen den Versäiler Friedensvertrag ist sich die deutsche Bourgeoisie und ihre sozialdemokratische Gefolgschaft ihrer Klasseninteressen wohl bewußt und hat den russischen Arbeiterstaat, obwohl er die einzige Macht ist, die ihr im Kampfe gegen Versailles einen Rückhalt geben kann.

Die Imperialisten täuschen sich, wenn sie glauben, der Vorkrieg des Faschismus in ganz Europa werde ihnen helfen, diesmal das Spiel zu gewinnen, das sie bisher stets verloren haben. Die Raubtiere der Bourgeoisestaaten werden auf Granit stoßen. Es könnte dahin kommen, daß die Arbeiter die Waffen denen nehmen werden, die sie gegen Rußland gebrauchen wollen, und sie gegen die Häher lehren. Die russische Erde ist das Heimatland der Proletarier der ganzen Erde geworden. Die Arbeiterschaft der ganzen Welt wird das Erbe Lenins zu verteidigen wissen und mit ihrem Leib den russischen Bruder beden.

Nieder mit den kapitalistischen Ghnen! Hände weg von Sowjet-Rußland!

Aufruf an das oberschlesische Jungproletariat.

Die Schwerindustrie, die Konterrevolution, verübt neue Anhebungen der Arbeiterklasse anzulegen. Besonders hart wird die proletarische Jugend betroffen. Nachdem man uns den Achtstundentag geraubt hat, geht man dazu über, ein Arbeitsdienstpflichtjahr für junge Arbeiter zu schaffen, das die Höhe der kapitalistischen Unterdrückung ist. Nicht genug, daß man in übermäßig langer Arbeitszeit kauft, muß auch die Bezahlung eine so niedrige ist, daß der junge Arbeiter nicht weiß, was er mit dem Hungerlohn anfangen soll, nein — noch größer soll die Unterdrückung werden. Die Lasten sollen tragen die arbeitende Jugend und die Arbeiterklasse.

Was bedeutet dieses Arbeitsdienstpflichtjahr?

Die erwachsene Jugend soll in Kasernen eingesperrt werden, ein oder zwei Jahre unpaß für den Staat arbeiten und nebenbei noch militärisch ausgebildet werden, das heißt: ein neuer Militarismus soll gezüchtet werden, der die Nationen für die kapitalistische Blutlauge aus dem Feuer holt.

Neue unerträgliche Lasten, unerhörte Unterdrückung stehen der arbeitenden Jugend bevor. Unter dem Schutze des Ausnahmestandes geht die Konterrevolution dazu über, das deutsche Proletariat und seine Jugend noch mehr zu knebeln und zu unterjochen.

Die sozialistische Arbeiterjugend hat keinen Mut, sich anzubringen. Sie wagt es nur mit schönen Worten, der Jugend die Lage klar zu machen, sie fordert alle auf, zu kommen und mit ihnen zu — machen. Lang und auf, das ist der Kampf gegen die Todfeinde der Arbeiterjugend. Genau wie die Sozialdemokratische Partei, hat sie in allen Kämpfen sich gedrückt, und in den entscheidenden Momenten jeden Kampf hinter. Illenhauer, der Führer der Sozialdemokratischen Jugend, lehnt die Einheitsfront mit uns ab. Aber Einheitsfront mit den Faschisten, diese wird gemacht. Ein edles Wäber-pant! Sozialdemokraten im Bunde mit den Feinden der arbeitenden Jugend! Keinen Versuch! Kein erschafftes Wollen! Kein Kampf! Das sind die echten Sozialpatrioten.

Der Faschismus, der besonders in Oberschlesien junge Arbeiter mißhandelt, tritt ein für das Arbeitsdienstpflichtjahr. Die verräterischen Führer der Arbeiterjugend unterstützen die Feinde der Arbeiterjugend, damit es ihnen leichter gelingt, die arbeitende Jugend wehrlos zu machen.

Kein junger, ehrlicher Arbeiter, darf in diese Organisationen herein. Kehrt diesen Verrätern und Schmeißern den Rücken!

- Kommt zu uns!
- Kämpft mit uns für die Rechte der arbeitenden Jugend!
- Gegen das Arbeitsdienstpflichtjahr!
- Gegen die 10- und 12-stündige Arbeitszeit!
- Gegen den Wohnbau, für höhere Löhne!
- Für Freilassung der politischen Gefangenen!
- Gegen das kapitalistische Deutschland!
- Gegen den Faschismus!
- Für die Diktatur des Proletariats!
- Für ein Räte-Deutschland.

Kommunistische Jugend Oberschlesien.

Ausdehnung des Eisenbahnertkampfes. Zeilkreis in Berlin.

Die Nachrichten von den Arbeitseinstellungen der Eisenbahnarbeiter im Reich sowie von der scharfen Haltung der Regierung bei den zentralen Verhandlungen hat unter den Berliner Eisenbahnarbeitern ungeheure Erregung hervorgerufen. Sie drängen überall zum aktiven Eintritt in den Kampf. Seit dem gestrigen Dienstagvormittag ist die Streik-ablegung auf dem Anhalter Bahnhof lahmgelegt, die Vormittags- wie Nachmittagschicht hat beschlossen, den Betrieb zu verlassen. Es ist zu erwarten, daß bei weiterer Erfolglosigkeit der Verhandlungen heute in Berlin der Streik sich verbreitert.

Die Eisenbahnarbeiterversammlung in den Sophienböden nahm am Dienstagabend Stellung zu der Streikbewegung. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird den kämpfenden Kollegen in Süd- und Mitteldeutschland die Sympathie ausgesprochen und alle übrigen Eisenbahner zur aktiven Solidarität und zur tatkräftigen Unterstützung der Streikenden mit allen zu Gebote stehenden Mitteln aufgefordert. Die Versammlung appellierte weiter an das gesamte Proletariat, den Eisenbahnertkampf zu unterstützen, denn nur dadurch kann und wird er zu einem Siege führen.

Ein Arbeiter vom Stahlhelm erlösen.

Wie der „Vorwärts“ aus Hannover meldet, ist es in Orla-Bors bei Hannover anlässlich der Gründung eines Ortsverbandes des „Stahlhelm“ zwischen Stahlhelmlisten und Arbeitern zu einer Schlägerei gekommen, bei welcher der 17-jährige Arbeiter Schütz mit einem Begegnen durch den Hals getroffen wurde. Er ist an der Verletzung gestorben.

Die Aufgaben des Bergproletariats in Waldenburg und Oberschlesien.

Gestützt auf faschistische Diktatur diktierte das Zehntkapital im Dezember 1923 den Waldenburger Bergarbeiter die Achtstundenschicht. Eine Revisionkonferenz fand statt, die Kampflos den Siebenstundentag im Bergbau preisgab. Unsere Genossen begingen damals einen schweren Fehler: Sie wagten nicht, allein gegen den Willen der noch starken sozialdemokratischen Verräter, den Kampf für das älteste und wichtigste Grundrecht der Arbeiterschaft, für die Siebenstundenschicht, aufzunehmen; ja noch mehr: sie stimmten, aus einem falschen Gefühl der Schwäche, dem Abkommen zu.

Die Folgen blieben nicht aus. Dem kampflosen Siege des Unternehmertums folgte ein zweiter Vorstoß: Das Zehntkapital verlangte die Zwölfstundenschicht für Ubertagearbeiter. Wie zu erwarten, zeigte sich der Demobilisierungs-Kommunist als treuer Büttel der Scharfmacher. Ein Schiedsspruch wurde gefällt und für verbindlich erklärt, der die Elfstundenschicht für Ubertagearbeiter vom 2. April an vorsieht.

Mit diesem Schiedsspruch, der endgültig den Bergarbeitern Waldenburgs die Sieben- und Achtstundenschicht nimmt, und darüber hinaus zur Entlassung von einem Drittel der Belegschaft der Ubertagearbeiter führen muß und in Waldenburg bereits am 1. April zu großen Entlassungen geführt hat, verbunden mit einem immer rücksichtsloseren Antreibesystem, sind die Bergarbeiter eindeutig und klar vor die Frage gestellt: Kampflose Niederlage oder Kampf bis zum Siege.

Die Kampfsituation für das Waldenburger Proletariat wird begünstigt durch die Lage in Oberschlesien. In polnisch Oberschlesien ist ein ungeheurer Kampf der Bergarbeiter entbrannt, der zur Stilllegung sämtlicher Reviere führt. Es ist mit dem baldigen Ubergreifen des Streiks auf die deutsche Seite zu rechnen. Gerade das oberschlesische Proletariat besitzt eine revolutionäre Kampftradition. Während die Bergarbeiter im übrigen Deutschland widerstandlos die Siebenstundenschicht preisgaben, haben die Bergarbeiter im westlichen Oberschlesien einen ungeheuren Kampf durchgeführt, der die gesamte Hüttenindustrie stilllegte. Sie haben mehr als einmal die Faschistenbanden verjagt und mit blutigen Köpfen heimgeschickt. Sie werden auch in diesem Kampfe ihren Mann stehen.

Wohlt prahlt die Bourgeoisie: Jeder Streik ist nutzlos, wir haben genug Kohlen auf den Halben! Aber die militärischen Kämpfungen der Kapitalisten beweisen, daß sie mit wirtschaftlichen Mitteln allein, nicht instande sind, den Kampf gegen die Arbeiterschaft siegreich durchzuführen. Schon sehen allerorts, wie auf der Heimgrube, Verhaftungen unserer Genossen ein. Hier ist es Aufgabe der Partei und der revolutionären Arbeiter vorzuführen und ihre Führer vor dem Terror der Bourgeoisie erfolgreich zu schützen.

Die Bergarbeiter wissen, daß sie nur im einheitlichen Machtkampf die Siebenstundenschicht für Ubertage, die Achtstundenschicht für Ubertagearbeiter zurückerobern können. Sie rüsten deshalb in Waldenburg und Oberschlesien zum geschlossenen Kampf. Sie bereiten die Zusammenfassung aller Reviere unter einheitlicher Leitung vor, um nicht nur das Diktat der Unternehmer zu brechen zu können, sondern auch die Sabotage der Unternehmerrechte, der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer, zu verhindern.

Aus diesem Grunde haben die Waldenburger Bergarbeiter zu Freitag, den 4. April eine Konferenz der oppositionellen Betriebsräte in Nieder-Hermsdorf einberufen, die den Kampf vorbereiten und organisieren sollen. Die Lösungen sind eindeutig und klar:

- Wiedereinführung der Siebenstundenschicht bzw. Achtstundenschicht,
- Löhne, die die Lebenshaltung der Vorkriegszeit gewährleisten,
- Wiedereinstellung aller Entlassenen und Gemahregelten,
- Erhaltung aller bisherigen Rechte,
- Ausbau der Rechte der Betriebsräte,
- Sicherstellung der Anwartschaftsbezüge,
- Erhöhung der Renten für Witwen und Waisen,
- Schließung der Betriebe von den Faschisten,
- Teilnahme der Betriebsräte an allen Tarifverhandlungen.

Die Kampfsituation für das Bergproletariat in Waldenburg und Oberschlesien ist günstig wie nie zuvor. Nierenkämpfe durchstoben Deutschland, von einer Ausdehnung und Kraft wie 1923. Und immer neue Scharen stoßen zu den kämpfenden

Die Geburtshelfer des deutschen Faschismus.

Dokumente sozialdemokratischer Schande.

Auch das schlesische Proletariat muß kampfbereit sein. Die Schlägen, die in Oberschlesien und Waidenburg geschlagen werden sollen, werden für das gesamte schlesische Proletariat entscheidend sein. Die Bergarbeiter sind die Kerntruppe der schlesischen Arbeiterschaft. Die Proletarier Schlesiens müssen bereit sein, ihren Brüdern dort unten nicht nur mit Sympathieunterstützungen und Geldsammlungen beizustehen, sondern, wenn der Ruf ertönt, selbst in den Kampf zu treten.

Ebert und Noske.

Dieses wunderbare Zwiespalt der Sozialdemokratie macht wieder einmal von sich reden. Die Sozialdemokratie hatte im Landtag interpelliert. Sie wollte wissen, ob das Mitglied des Staatsrats, Freiherr von Gagl, zu den Mitverschworenen des Direktoriums-Planes gehört habe. Der Herr Staatsrat bestritt das. Zu den Planmachern hätten gehört Herr Ebert mit dem § 48 und seine Parteifreunde Noske und Südekum. Im „Vorwärts“ wird behauptet, Ebert sei nicht aktiv bei der Partei gewesen. Darüber höhnt die „Deutsche Tageszeitung“. Jeder Wissende sei doch informiert gewesen, daß damals der Plan bestand, mit „legaler Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung“, gemißhandelt durch den Reichspräsidenten Ebert, ein Direktorium einzusetzen. Es sei auch bekannt, daß gerade um die kritische Zeit „Herr Noske nach Berlin berufen wurde, leider nicht nur, um hier über hässliche Fragen zu plaudern“. Im übrigen könnte man gar nicht daran zweifeln, daß Herr Ebert an die Einsetzung des Direktoriums gedacht hätte, nachdem er schon eine militärische Diktatur eingeleitet hatte. Durch das Einsetzen des Direktoriums sei ja auch die Möglichkeit gewesen, trotz Verweigerungsausbrüchen infolge der Geldkatastrophe, der sozialen Verzweiflung und der nationalen Erregung, der Desorganisation der Finanzen, des Answandens der Arbeitslosigkeit, der Konflikte mit Bayern und Sachsen die Lage zu meistern.

Jedenfalls ist bisher genügend Material an die Öffentlichkeit gekommen, das kaum noch einen Zweifel darüber belassen läßt, daß Reichspräsident Ebert in der kritischen Zeit daran gedacht hat, im Bunde mit Seelitz, Noske, Minoux, Wlach und der ganzen Kumpagnei der Verschwöreraktion ein Direktorium einzusetzen. Die Herren Sozialdemokraten schäme sich den Wählern vor, sie seien die einzig wahren Hüter und Schützer der heiligen Demokratie und der wunderbaren Verfassung von Weimar. Sie schwindeln, daß sich die Ballen biegen, den Wählern vor, sie seien die einzig wahren Hüter und Schützer

Kapitalistische Kultur!

Man über 12 Stunden arbeitet, darf das Bad benutzen. In der Kammergeschmweide Geizig-Modan herrschen Zustände die unserer Zeitalter nicht würdig sind. Für 750 Arbeiterinnen sind insgesamt nur 6 Aborte vorhanden, die von niemanden länger als 5 Minuten benutzt werden dürfen. Es wird eine regelrechte Kontrolle durch ausgegebene Nummern ausgeübt. Das einzige Bad des Betriebes, das nur von den Frauen benutzt werden, die sich bereit erklärt haben 12 Stunden am Tage zu arbeiten. Alle Vorstellungen bei der Betriebsleitung eine Abstellung der Mängel herbeizuführen, sind bisher erfolglos geblieben.

Steigen der Preise — neue Geldentwertung.

Der letzte Großhandelsindex wies einen Rückgang der Preise um 0,8 Prozent auf. Er wird rasch kompensiert, denn wieder wird auf fast allen Gebieten eine Preissteigerung vorgenommen. Eine Preissteigerung, die mehr oder weniger verblüht, nichts weiter ist, als eine erneute Geldentwertung. Erneute Geldentwertung, erneute Preissteigerung bedeutet nicht anderes als weitere Kürzung des Reallohnes der Arbeiterschaft.

So sind die Kohlepreise erneut auf 90 Goldmark für die Tonne Greisener-Rohstein erhöht worden. In England kostet die Tonne Kohle gleicher Qualität 19 Schilling, was bei einem Kurs des Pfundes von 18 Mark an der Berliner Börse einem Preis von 81 Goldmark entspricht, so daß das deutsche Eisen um 11 Prozent teurer ist, als das englische. Selbst wenn man den Ausnahmewert der deutschen Kohle nimmt, der bereits unter der deutschen Notierung liegt (18,80 Mark für 1 englisches Pfund), so stellt sich der Preis auf 84,6 für die Tonne Greisener-Rohstein, was einem Uberschlag der Weltmarktpreis um 6 Prozent durch das deutsche Eisen entspricht.

Steigender sind auch die Preise für Milchprodukte erhöht worden, so z. B. für Stabstücken, das erst kürzlich von 180 auf 190 Mark für die Tonne im Preise stieg, um weitere 10 Mark, so daß sich der Preis zur Zeit auf 200 Mark pro Tonne stellt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß dieser Preis ein Mindestpreis ist, da viele Werke sich nicht an ihn halten, sondern noch höhere Preise fordern. In England wird Stabstücken mit 9 1/2 Pfund Sterling für die Tonne angeboten, was nach dem Berliner Kurs des Pfundes 171 Goldmark entspricht. Das bedeutet, daß das deutsche Stabstücken bereits um über 16 Prozent über dem Weltmarktpreis liegt.

Andere Beispiele aus den letzten Tagen seien kurz gestreift. Bei den letzten Hüttenaktionen lagen die Hüttenpreise bereits etwa 3 Prozent über dem Weltmarktpreis. Auf den letzten Auktionen haben die Preise weiter angezogen. So stieg z. B. auf der Stuttgarter Auktion vom 11. März der Preis für Rindfleisch von 3 bis 49 Pfund auf 124 Mark gegen 115 1/4 Mark pro Pfund auf der letzten Auktion vom 19. Februar. Kalbfleisch stiegen von 113 1/4 Mark über 200 Mark.

Erzeugnisse, die für die Landwirtschaft gebraucht werden, kosten in Deutschland 9000 bis 12000 Mark das Stück. Die Ford-Traktoren, von denen weltweit 500 Stück eingeführt werden dürfen, kosten dagegen frei Deutschland nur 200 Goldmark, obwohl sie bessere Leistungen als die deutschen aufzuweisen haben.

So könnte man noch eine ganze Reihe von Industrieerzeugnissen aufzählen, bei denen neue Preissteigerungen festzustellen wären. Die Industrie erwartet weitere Preissteigerungen für die Zukunft. Sie kennen genau den Erfolg ihrer Politik, das Schicksal ihrer Stammschicht wie ihrer Kreditgeschäfte mit der Reichsbank. Die Verzweiflung deutscher Kapitalisten hat bereits wieder die Preissteigerung angefaßt, d. h. sie befaßt sich bei Preisangeboten die Berechnung der am Versicherungstage gültigen Preise vor, d. h. sie rechnet mit weiteren Preissteigerungen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat recht, wenn sie in ihrer Correspondenz feststellt: „Es ist selbstverständlich, daß, wenn die Preise im Inland steigen, eine Steigerung der Devisenpreise die Folge sein muß“, wobei zu sagen ist, daß die nun einsetzende Welle der Preissteigerungen bereits schon der Ausbruch der neuen Geldentwertung ist, ohne auf einen neuen Anstoß von im In- und Ausland künstlich stabilisiertem Kurs zu warten. Das Spiel mit dem Mark. Mit der sogenannten Stabilisierung des Mark — eine Stabilisierung des Todes der Mark — hat man verstanden, die Wonne der Arbeiterschaft auf ein unerschöpfliches Maß herabzusetzen. Mit der neuen Geldentwertung, deren äußeres Zeichen eben die Preissteigerungen sind, gebet die Bourgeoisie und vor allem ihr bewußtester Teil, die Konterrevolutionäre, die Arbeiterklasse voranzuführen.

Mit aller Macht muß sich die Arbeiterschaft im Kampf gegen diese neue Welle des Kapitalismus erheben.

Der Streik an der Staatsoper in Berlin. In der Staatsoper in Berlin hat sich ein Streik ereignet, in dem die Arbeiter

Zum fünften Male haben sich in den vergangenen Monaten die Kämpfe von 1919, das heilige Ringen zwischen Revolution und Reaktion gekehrt. Verrat, Verleumdung und Mord. Der Arbeiter Noske regierte die Stunde. Die Sozialdemokratie blieb sich treu. Sie organisierte den Arbeitermord, die Überwindung der Revolution. Die Leute, die über den Faschismus jammern, die auf die Wölfe als die gefährlichsten Feinde der Arbeiterschaft hinweisen, haben selbst der Mordaktion von Beginn an den Weg gebahnt. Die Sozialdemokraten riefen die alten Wächter herbei — die Generale, die Offiziere, die Freikorps. Sie, die Sozialdemokraten, sind die Geburtshelfer des deutschen Faschismus. Ihre eigene Sprache in jenen Tagen soll das Luthrum. An ihre Verkommenheit sollen eigene Worte erinnern.

Der Volkspräsident Ebert sollte bestraft werden. Als Antwort auf die Proklamation der Noske und Ebert eroberten die Berliner Arbeiter den ihnen entzogenen „Vorwärts“ zurück. Da erschien an den Mauern Berlins folgender

Aufruf.

Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. — — — Entgegensetzung der Feinde der Freiheit, die von ihnen in lächerlichster Weise aufgebauscht werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung. Die Stunde der Abrechnung naht!

Berlin, den 8. Januar 1919.
Die Reichsregierung: Ebert, Scheidemann, Landsberg.
Und weiter ein anderer

Aufruf.

Im Osten (von Berlin, D. Red.) plündern spartakistische Banden im Auto mit vorgehaltenen Revolver ein Haus und andere, während die eigentlichen Sicherheitsmänner Wache stehen. Die letzte Maske, es handelt sich um eine politische Bewegung ist gefallen. Band und Plünderung entspringt sich als letztes und einziges Ziel des Auftrags.

Arbeiter, die Reichsregierung hat mit die Führung der republikanischen Soldaten übertragen.

Ein Arbeiter steht also an der Spitze der Wache der sozialistischen Republik.

Ihr kommt mich und meine Vergangenheit in der Partei. Ich bürgere dafür, daß kein unnützes Blut vergossen wird. Ich will säubern, nicht verdrängen. . . .
11. Januar 1919.

Siegesjubel der Sozialdemokratie.

Kampfbereitschaft des „Vorwärts“ vom 11. Januar:
„Unter den Toten und Verwundeten sind verhältnismäßig wenig Verluste der Regierungstruppen. Von den Spartakisten hat eine außerordentlich hohe Zahl ihr verbrecherisches Wirken mit dem Leben bezahlen müssen.“
„Siege!“ — Kampfbereitschaft des „Vorwärts“ vom 12. Januar:
„Das „Vorwärts“-Gebäude wurde gestern von den Truppen des Oberbefehlshabers Noske (Regiment Potsdam) im Sturm genommen und von der Abteilung Kutiner besetzt. Die Regierungstruppen hatten drei Tote und einige Verwundete. Die Verluste der Spartakisten sind noch nicht zahlenmäßig festgestellt, aber sehr groß.“

Weitere Mordbege der Sozialdemokratie.

Der „Vorwärts“ am 12. Januar:
Rosa Luxemburg ist nicht unter den Gefangenen aus dem „Vorwärts“-Haus.
Im „Vorwärts“ am 13. Januar:
Blutunterstützte in einer Reih —
Proletarier!
Karl, Rosa, Rabel und Kumpagnei —
Es ist keine dabei, es ist keine dabei!
Proletarier!
Scheidemann am 14. Januar in einer Versammlung im Palais-Théâtre zu Berlin:
Der einzige Vorwurf, den man der Regierung machen kann ist höchstens der, daß sie mit ihrem Eingreifen zu lange gewartet hat.

Anerkennung für Noske.

Die Konterrevolution ist mit dem „Arbeiter“ Noske sehr zufrieden. Das Organ der industriellen Schmarotzer „Die Post“ schreibt am 14. Januar:
„Seit die Konterrevolution in die Hände des Beauftragten Noske gelegt ist, blüht es nicht mehr bei bloßen Worten, sondern es wird ganz geschäftlich auch mit einschlägigem Sinne gehandelt. Nur durch kräftige deutsche Hilfe können wir zur Bekämpfung unserer inneren Feinde zu kommen.“

Der Mord an Karl und Rosa.

Der „Vorwärts“ berichtet mit großer Zufriedenheit am 16. Januar: „Karl Liebknecht verhaftet!“ Karl und Rosa wurden von den Weissen Besten erschossen.“ Die „Reiniger Volkzeitung“ attestiert dem Eber-Scheidemann-Noske am 16. Ja-

Ein Arbeiter, der ohne „SchWZ“, bleibt immerdar ein Hampelmann.



Die Raserei gegen die Bergarbeiter.

In Elbe wurden wegen Landfriedensbruch 10 Bergarbeiter zu insgesamt 12 Jahren 8 Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe verurteilt.

nuar ihre Blutschuld folgendermaßen: „Sollten die Blut- hunde der Eber-Scheidemann-Noske ihr Werk vollbracht haben, sollte die Regierung der Blutsozialisten ihre Schandtat mit der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs gefürchtet haben?“

Reichenshändlung.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt am 17. Januar:
„Blut spritzte nach Blut! Das Blutbad, das Liebknecht und Rosa Luxemburg angerichtet, verlangte nach Sühne. Sie ist schnell eingetreten und war bei Rosa Luxemburg grausam, aber gerecht. Man schlug die Kaiserin tot.“

Die Reichsregierung Eber-Scheidemann-Noske identifiziert sich am gleichen Tage mit dem Organ der Weissen Mordaktion. Sie verurteilt am 17. Januar:

„Die Regierung hat über die Umstände, die zum gewaltsamen Tode der Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht geführt haben, die strengste Untersuchung angeordnet. Die beiden Gefangenen hatten sich zwei- bis dreimal schwer am deutschen Volke vergangen.“

Die Organisatoren der Weissen Mordbege.

Die „Berliner Volkszeitung“ am 17. Januar, vorläufig, aber deutlich:
„Sollten jemals Drahtzieher dieses Verbrechens gefunden werden, so wird man vielleicht staunen, aus welchen Kreisen sie stammen.“

Der „Vorwärts“ bringt in diesen Tagen Zugende von Aufrufen und Inseraten:

„Wehrfähige Männer heraus!“ — „Bürger! Offiziere! Soldaten! Studenten! Wir gebrauchen Euch!“ — Freikorps Lützow — Wittlich-Grünschuß — Sturmabteilung Roshach — Wintag organisiert den bestmöglichen Ostschuß. Der „Vorwärts“ vom 24. Januar teilt mit, daß eine sozialdemokratische Truppe zum Ostschuß abgerückt sei. Noske erläßt folgenden

Aufruf.

„Schon stehen die Armeen der Volkswelt vor den Toren Ostpreußens. . . . Auch im Innern unseres Staatskörpers macht die bolschewistische Bewegung weitere Fortschritte. . . . Melbet Euch bei den Freiwilligen-Verbänden, die die Reichsregierung zum Schutz der Grenzen und zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Innern aufgestellt hat.“
24. Januar 1919.

Noske rühmte sich seines „guten Gewissens“. In der Nationalversammlung zu Weimar erklärte er am 15. Januar:
„Es ist nicht wahr, daß es in Deutschland eine Weiße Garde gibt. Unser Volk schuldet den Männern hohen Dank, die sich bereit gefunden haben, weiter die Waffen zu tragen, um das drohende deutsche Land zu schützen und um die freiesittlichen Grundsätze der Revolution vor Gewalt zu schützen. . . . und auch ich glaube, mit gutem Gewissen, um laubenden Fingern vor der Nationalversammlung zu stehen, um Rechenschaft ablegen zu können für das, was ich getan habe.“

Am 25. Februar ließ dann Noske folgende Erklärung in der Nationalversammlung von dem Stempel:

„Die alten Formationen sind meist unterwerdungsfähig. Deshalb mühen Freiwilligen-Verbände rasch aus dem Boden gestampft werden und wo schon früher einmal, wiederhole ich auf heute, da wir diesen Freiwilligen-Verbänden zu außerordentlich hohem Dank verpflichtet sind. Vorhin hat die sogenannte Keler „W“ das Mißbehagen und Mißfallen des Herrn Senke erregt. Es ist richtig, daß diese Division fast kasslos aus aktiven Unteroffizieren und Bediensteten besteht.“ (Bravo rechts.)

Noske, der Retter des wilhelminischen Systems.

Die schwerindustrielle Konterrevolution weiß, was sie Noske zu danken hat. Ihr Organ, „Die Post“, schrieb am 13. März 1919:
„Herr Noske weiß, wie man Rebellensmoll zu behandeln hat. Wilhelm II. wäre heute noch deutscher Kaiser, wenn er nicht Behmann-Hollweg, sondern Noske an seiner Seite gehabt hätte.“

Nicht Noske allein, die Partei Noskes hat das System der blutigen Unterdrückung aus der Monarchie in die „demokratische“ Eber-Republik hinübergereitet. Nicht allein Noske, auch andere führende Sozialdemokraten haben neben dem „Vorwärts“ ihr Verica! dah li: Weissen Mor. b. h. t. m. heute in festen Verbänden organisiert sind. Nur einer von ihnen, die neben Noske Anrecht auf Ehrenmitgliedschaft der Ehrhardt-, Roshach- und Stahlhelmverbände hat, sei noch angeführt. Conrad Haenisch war es, der als „Kulturminister“ der Weissen Reaktion die goldene Jugend auf die Arbeiter hefte. Er rief die akademische Jugend am 15. Februar 1919 wie folgt auf:
„Keine Kenntnisse und keine Examen können Euch nützen, wenn die Staatsordnung sich auflöst. — — — Tretet ein in die Freiwilligen-Verbände!“

Aus den Freiwilligen-Verbänden sind die deutschvölkischen Mordverbände, die heutigen Schutzgardien der Großbourgeoisie hervorgegangen. Noske, Haenisch, die „Vorwärts“-Leute und andere Führer der NSD., das sind Schöpfer und Geburtshelfer des deutschen Faschismus.

Die täglichen Klassenjustiz-Urteile.

12 Monate Gefängnis wegen Hilfe für politische Flüchtlinge.

In Hannover wurden zwei Arbeiter zu 9 bzw. 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie politischen Flüchtlingen durch Verhüllung geholfen hatten. Als die Gefangenen vom Gericht zum Gefängnis geführt wurden, brachten ihnen die revolutionären Arbeiter zahlreiche Ovationen.

Reffeltreiben gegen die Siedlung.

Wir entnehmen der Zeitschrift „Einiges Volk“ folgende Zeilen:

Die Landbundorganisationen im Norden und Süden, Osten und Westen Deutschlands veranstalten zurzeit ein wahres Reffeltreiben. Sie leisten dabei tatkräftige Unterstützung. Es scheint auch keine Mühe zu kosten, die Unterdrückung zu unterstützen. Es scheint auch nicht gerade ein Zufall zu sein, daß gerade jetzt der „Reichsbund für Siedlung und Wohnung“ im Westfälischen Komitee 2 verurteilt wurde. Alle Siedlungsamwärter und Förderer müssen sich gegen das Verbot des Siedlungsverbotes wehren. Das ist doppelt ihre Aufgabe, da das Verbot zeitlich zusammenfällt mit dem Reffeltreiben des Landbundes gegen die Siedlungsbestrebungen. Derartige muß den Verdacht aufbringen, als ob der Militärbesitzer sich ein Werkzeug der Großgrundbesitzer fühlen würde, was er doch sicherlich nicht sein will. Dieser Verdacht muß noch bestärkt werden, wenn die Landbünde und die Landwirtschaftskammern sich im selben Moment gegen die Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes wenden, wie das zurzeit geschieht.

Wichtig unverständlich ist, daß gerade jetzt gegen die Siedlungsbestrebungen so heftig Front gemacht wird. Will man doch in jedem Landbundorgan, daß infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Siedler nicht mehr in der Lage wären, ihre Siedlerien ganz auszubauen. Wenn dies stimmt und man glaubt, es daran ist es doch eine Sünde, wenn das Land nicht davon gegeben wird, die es behauptet. Nicht nur im Interesse der Siedlung des ganzen Volkes muß darum jetzt ganz energisch die Durchführung der Siedlung betrieben werden.

Aus der Partei.

Königsberg für die Antle.

Die am 21. März in Königsberg tagende Funktionär-Versammlung, die von über 360 Funktionären besucht war, stellte sich gegen 20 Stimmen auf den Boden der Opposition. Die Kandidatenliste wurde ebenfalls nach den Vorschlägen der Opposition mit derselben Mehrheit angenommen. Die Schlußhandlung lautet: Heidemann, Wollenberg, Zimmermann, Schreiber.

Literatur.

Eine Zeitschrift für Betriebsräte.

Das freigeberische Organ „Arbeiter-Rat“ hat eine neue, vierteljährlich erscheinende Zeitschrift für die Betriebsräte herausgegeben. Nummer 1 des „Arbeiter-Rat“ liegt vor uns. Nach genauer Durchsicht können wir nur wünschen, daß diese neue Zeitschrift für die Arbeiter der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung wird. Man hat in letzter Zeit des öfteren versucht, eine Zeitung herauszugeben, die den Wünschen der Betriebsräte Rechnung trägt. Doch alle Versuche sind gescheitert, teilweise an der rein reformistischen Tendenz, teilweise auch, weil diese Blätter über den theoretischen Rahmen nicht hinausliefen. Was das „Arbeiter-Rat“ Organ hat mit der Herausgabe des „Arbeiter-Rat“, kann man ohne weiteres anerkennen als einen wirklichen Schritt vorwärts. Die Zeitschrift, die technisch sehr gut ausgestattet ist, ist inhaltlich, wenn alle Nummern das halten, was Nr. 1 verspricht, ein Nachschlagewerk für alle Arbeiter auf allen Gebieten. Neben Artikeln über Betriebsräte, Schlichtungsversuchen und Sozialgesetzgebung usw. enthält die 24 Seiten starke Nummer 1 einen wirklich sachverständig bearbeiteten Wirtschaftsteil. Ferner ein gut ausgestattetes Feuilleton. Außerdem wird hier in feiner Sprache, die die Arbeiterbewegung verstehen kann, die Sprache der herrschenden Klasse, die ja gerade die Betriebsräte in „natürlicher“ zur Genüge kennen lernen.

Nachmals wünschen wir, daß jeder Arbeiter, auch in unserem Verbreitungsgebiet, Abonnement des „Arbeiter-Rat“ wird.

Breslau.

Vater unser!

Vater unser,

Der du bist im Geldschrank,

Gehellig werde dein Name,

Su uns komme dein Reich,

(Am liebsten das Kaiser-Reich)

Dein Wille geschehe,

Wenn was haben wir sonst den Belagerungsstand?

Unsere täglichen Dollar gib uns heute,

Und vergib uns unsere Schuldungen,

Wenn wir auch nichts vergeben unsere Schuldner.

Und führe uns nicht in Kommunismus,

Sondern erlöse uns von den Ueberresten der Revolution.

Wenn dein ist das Reich,

(Fälschlich Republik genannt)

Und Koste

Und Ebert

Und der Stinnes

Amen.

Mit Sammlungen wäscht man kein Blut ab.

Die Reichswehr, die fünf Jahre lang im Arbeiterblut gewatet hat, die tausende unserer besten Genossen verfolgt, mißhandelt, erschlagen hat, will sich möglichst ein soziales Mäntelchen umhängen. Sie geht um Kleiderstücke für die Arbeiter schnorren, um sie damit zu gewinnen. Wen will die Reichswehr mit solchen Mänteln imponieren? Sollen die Arbeiter, deren Väter und Söhne von der Reichswehr erschlagen wurden und die selbst ebenso arm sind wie ihre Kollegen, für die sie etwas geben sollen, der Reichswehr Kleiderstücke geben? Oder soll etwa die Bourgeoisie der Reichswehr, die sie angestellt hat, nicht um zu schnorren, um für sie zu kämpfen — die Bourgeoisie ist ja selbst zu feige dazu —, alte Kleider geben? Die Reichswehr möge dieses Affentheater beenden, das

DIE REBELLEN

17 Von P. E. Dybenko. (In Buchform erschienen im Verlage für Literatur und Politik, Wien.)

Der Antrag des Zentrobalt wird gegen zwei Stimmen bei einigen Stimmenthalungen angenommen. Es wird eine Delegation gewählt und ihr der Auftrag erteilt, in Petersburg Lebens- und Aufwands sofortige Verfassung zu fordern. Frühmorgens, am 4. Juli, als die Sonne ihre ersten Strahlen über die Bucht schickte, näherten sich drei Minenschiffe dem Zentrobalt. Die Delegation ging an Bord und mit wehenden roten Fahnen verließen die Fahrzeuge die Bucht. Die Matrosen aller Schiffe begleiteten die Delegierten mit lautem Hurruufen. In diesem Augenblick hätte es niemand für möglich gehalten, daß unsere Delegation, statt ihren Auftrag zu erfüllen und zurückzukehren, sofort bei ihrer Ankunft in Petersburg verhaftet und in das Kreuz-Befängnis gesteckt werden würde. Den ganzen Tag warteten wir in Helsingfors auf Nachrichten von unserer Delegation. Am 5. Juli erreichten uns unflare Gerüchte, mit denen der Zentrobalt jedoch nichts anfangen konnte; um fünf Uhr wurde beschlossen, eine neue Delegation auf anderen Minenschiffen nach Petersburg zu schicken. Am 6. Juli fuhren zwei andere Minenschiffe ab. Gegen zehn Uhr abends kamen wir an Kronstadt vorbei und fuhrten um zwölf Uhr nachts in die Bucht ein. Die dort und abgegangenen Minenschiffe lagen, von der Mannschaft verlassen, vor Anker. Niemand konnte uns über die Lage aufklären. Aber kaum standen wir am Ufer, da umgingelten uns bewaffnete Schiffe der Rabatensanftalten und führten uns in das Winterpalais. Dort wurden wir vernommen und in den Keller gesperrt. Wir konnten uns nicht über allzu „humane“ Behandlung beklagen; manche bekamen Gewehrholzen zu spüren, andere drohte man zu erschließen. Es waren schwere Augenblicke, es schien, als ob alles zusammengebrochen sei. Mich quälte vor allem der Gedanke, daß im Zentrobalt niemand geblieben war, der die Führung hätte übernehmen können. Es war möglich, daß Debedew's Prohörung, den Zentrobalt aufzulösen, gerade jetzt zur Ausführung gelangte. Wahrscheinlich befanden sich alle aktiven Kameraden in derselben Lage wie ich; sie waren wohl alle verhaftet worden. Es blieb nur die Hoffnung auf die Befreiung der Panzerkreuzer und Strabnungsschiffe. Sie werden sich eine solche Behandlung der Flotte nicht gefallen lassen; auch der von allen Matrosen verehrte Genosse Antonow-Dobrenski war ja noch da.

nur provoziert auf die Arbeiterschaft wirken kann. Sollten aber tatsächlich einige Reichswehrsoldaten vorhanden sein, die mit dem erbärmlichen Handwerk des Arbeitermordes nicht einverstanden sind, so ist das wahrlich nicht der Weg, um alte Sünden wieder gutzumachen.

Urteil eines Parteiloßen über die Göring-Versammlung.

Wir erhalten folgenden Brief:
Als parteiloßer Zuhörer der SPD-Versammlung am Sonntag, den 30. März, hatte ich Gelegenheit, den Herrn Göring-Magdeburg sprechen zu hören. Ich glaube, hätte die SPD den Mut gehabt, vor das Wort Göring ebemaliger Volkskommissar von Oberschlesien und jetziger Oberpräsident von Sachsen zu setzen, dann hätte der Saal auf der Westendstraße die Zuhörer nicht lassen können. Aber nicht Zuhörer aus seiner Partei, sondern aus denjenigen Kreisen, die den Mut gehabt hätten, ihm und der SPD die Wahrheit zu sagen. Wenn sich Mitglieder und Redner und sogar der Versammlungsleiter so benehmen, wie es am Sonntag geschehen ist, dann muß es um die SPD sehr schlecht stehen. Zu Beginn der Versammlung waren vielleicht fünf Ordner im Saale. Kaum hatte aber Herr Göring die ersten Worte gesprochen, so sahen sich die Mitglieder der SPD veranlaßt, in ihre Taschen zu greifen und eine schwarz-rot-gulbene Binde über den Arm zu streifen. Den Kommunisten wird vorgeworfen, sie hätten Rabau gemacht, den meisten Skandal machten in Wahrheit die SPD-Ordner, indem sie zu drei bis sechs Mann auf denjenigen losstritten, der sich erlaubte, mit den Ausführungen des Referenten unzufrieden zu sein. Der größte Teil der Zuhörer bestand nicht etwa aus Sozialdemokraten oder Kommunisten, sondern aus Parteiloßen. Ich habe schon vielen Versammlungen von Rechts und Links beigewohnt, aber solche Sachen bekommt man bei anderen Parteien nicht zu sehen. Die Schwindelen, die sie jetzt vorbringen, glaubt ihnen ja kein Mensch mehr, es müßte höchstens ein Idiot sein. Sie haben in den 4 1/2 Jahren die eigenen Klassenossen verraten und verkauft.

Bei öffentlichen Volksversammlungen der anderen politischen Parteien wird jedem Gegner Redezeit gewährt, aber bei der SPD darf sich kein Gegner erlauben, gegen den Referenten zu sprechen. Der Kommunist aus Oelschlag, war in der Lage, dem Herrn Göring die Schwindelen über Oberschlesien zu widerlegen. Das paßte natürlich den SPD-Leuten nicht, am allerwenigsten dem Herrn Göring und Herrn Winger. Für seine Fünfminutenrede erhielt der Kommunist zehnmal mehr Beifall als alle SPD-Redner zusammen. Als der Kommunist Smolka sich drehte, dem Herrn Göring die Wahrheit zu sagen, weil er in Oberschlesien mit Herrn Göring am Verhandlungstische gesessen und ihn dort als Volkskommissar kennen gelernt hatte, da war es um die Ruhe des Herrn Göring geschehen. Er belegte Smolka mit Schimpfworten wie „frecher Mümmel“ und ähnliches. Ich hätte von einem Oberpräsidenten etwas mehr Bildung und Anstand erwartet. Wie aber der Redner Smolka sich durch die Schimpfworte vom Podium nicht vertreiben ließ, bekam er vom Versammlungsleiter Winger einen Stoß ins Genick.

So sah er in die Arme der Leibgarde des Herrn Göring klog und diese bestärkten ihn durch Stoßen und Puffen vom Rednerpult weg. So gewähren die Herren Sozialdemokraten einem Genossen Redezeit. Ich als Arbeiter würde mich schämen, gegen eigene Kameraden und Volksgenossen so vorzugehen, wie es am Sonntag geschehen ist. Auf diese Weise schaffen sie den Volksbetrug und Verrat ihrer Führer nicht aus der Welt und werden auch keinen neuen Wimperl mehr einfangen. Den sozialdemokratischen Führern ist es nicht mehr möglich, den Zerfall der eigenen Partei aufzuhalten. Die Führer der SPD sind erkannt und bekannt bei der großen Masse des deutschen Volkes. Die deutschen Arbeiter wissen ganz genau, wer ihre Feinde sind, da braucht ihnen die „Volkswehr“ nicht dauernd etwas vorzulügen.

Breslau, den 2. April 1924.

J. König, parteiloßer Arbeiter.

Streifenbahn. Verhandlungen zwischen der Städtischen und der Gräblicher Straßenbahn haben dazu geführt, daß die städtische Elektrische vom 1. April an den Betrieb zwischen Marienplatz und Morgenau aufnimmt und daß die Linie 5 durch die Ofener Straße nach Schanitz weitergeführt wird. Im übrigen wird die elektrische Straßenbahn Breslau (Gräbchen) ihren Betrieb noch bis Ende der nächsten Woche in der bisherigen Art weiterführen.

Achtung, Transportarbeiter! Am Montag, den 7. April, abends 7 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus (großer Saal) die Fortsetzung der am 20. März vertagten außerordentlichen Generalversammlung statt. Die Wichtigkeit dieser Versammlung erfordert reifliche Erwägungen. Jeder Kollege muß dafür sorgen, daß alle ihm bekannten Mitglieder des Verkehrsverbandes hieron Kenntnis nehmen.

Abends begegnete ich vielen Beamten aus der Flotte, aber nicht mehr im Zentrobalt, sondern in den Verliesen der Festung Kresth. Auch die erste Delegation war hier. Einige Tage darauf wurde auch Antonow-Dobrenski in Helsingfors verhaftet und hierhergebracht. Er wurde neben mir einquartiert. Auch der Kommandierende der Baltische, Admiral Werderewski, wurde in die Festung Petropawlowsk eingekerkert; diese seine Verhaftung führte in der Folge zu seinem dienstlichen Aufstieg und zu seiner Ernennung zum Marineminister.

Es waren düstere Tage. Eine nach der anderen kamen die unerfreulichen Nachrichten: der Zentrobalt ist aufgelöst. Das stolz wehende rote Banner ist entzogen. Viele Schiffe haben ihre Positionen abgegeben, nur die „Republik“ und „Petropawlowsk“ halten noch stand. Man erzählte, daß auf den Schiffen Vertrauensvoten für die Koalitionsregierung abgegeben wurden, um auf diese Weise die Nachsicht der Regierung zu ermitteln. Es hieß, daß die Managieren gegenüber hätten, sie seien vom Zentrobalt verhaftet worden. Es war unmöglich, daran zu glauben, daß vier Monate hartnäckiger Arbeit und mühevoller Kampfes spurlos verschwunden seien und daß die Flotte ihre Ueberzeugung vollkommen abgegeben habe. Man erzählte, daß Debedew rüchichtslos vorgegangen sei und mit der rebellischen „Republik“ und „Petropawlowsk“ ebenso verfahren wollte, wie im Jahre 1905 mit dem Kreuzer „Samajli Nowa“, aber das gelang ihm nicht.

Etwa zwei Wochen nach unserer Einlieferung in die Festung besuchte uns die erste Delegation der Flotte; sie brachte den Verhafteten Lebensmittel und freundliche Nachrichten, nach der ersten Ueberumpelung beginnt sich die Flotte wieder zu organisieren und sie fordert sofortige Befreiung aller Verhafteten; sie ist bereit, mit den Matrosen in der Hand für die Befreiung ihrer Vertreter zu kämpfen. Das war eine Hoffnung auf baldige Befreiung und vor allem auf die Festigkeit der Flotte.

Indessen führten die Prokuratoren der Koalitionsregierung die Untersuchung unserer Angelegenheit und die Benennung der in den Julitagen Verhafteten. Die Untersuchungsrichter konnten die erhobenen Anklagen nicht aufrechterhalten. Es kam häufig vor, daß die Verhafteten bei der Benennung sich über sie lustig machten. Das Ergebnis hat die Rebellen nicht gebessert. Die Verhafteten forderten Befreiung der Zellentüren während des Tages und gemeinsame Spaziergänge. Der Genosse Trozki wurde getrennt von den anderen Isolierung geführt. Hartnäckigkeit und Energie führten auch hier zum Erfolg; man gewährte uns die Freiheiten des Zentrobalt. Aber es ist zu verstehen, daß diese Freiheiten uns über unsere Lage nicht hinwegtäuschen konnten.

Gewerkschaft.

Kommunistischer Sieg im DWA. Hagen.

Hagen, 2. April. Bei der heutigen Wahl im Metallarbeiterverband erhielten die Kommunisten 814 und die Amsterdamer 259 Stimmen. Damit ist die Ortsverwaltung, die bisher von den verbodnesten Amsterdamer befehrt war, kommunistisch.

Waldburg. Wer zweifelt am Klassenbewußtsein der Gewerkschaftsborgern? Ein Arbeiter schreibt uns: In den Reihen der Waldburger Proletariat wütet der Hunger und die Arbeitslosigkeit. In den Betrieben sind Schikanen und brutale Unterdrückung an der Tagesordnung. In allen Teilen Deutschlands finden Verwehrlungskämpfe der Arbeiterschaft statt. Und überall sind es die reformistischen Gewerkschaftsführer, die den Arbeitern in den Rücken fallen.

Die Waldburger Bongen haben in der Revierkonferenz am 28. März durch das Vertrauensvotum ihrer stützenden Kollegen, von den übrigen Arbeitern-bemittelten SPD-Funktionären noch einmal ihre Fitterruppe und die Gelegenheit, im Ratstiller bis in die späte Nacht Stat-Spielen zu können, gerettet. Das Ziel ist erreicht. Die Opposition ist durch die Konferenz nach ihrer Meinung vernichtet. Die Bongen können nun in Selbstbefriedigung und Wohlgefallen die warmen Frühlingstrahlen auf ihr besudeltes, von Arbeiterblut beladenes Fell scheitern zu lassen. Der Hunger und die Not, die aus den Augen der abgearbeiteten Proleten spricht, führt sie nicht. Bongen trösten die Arbeiter mit der Versprechung, der Sozialismus werde vielleicht nach dem 4. Mai nun endlich marschieren. Der Stimmzettel soll ihre bisherigen Schandtatzen vergessen lassen.

Gefällig werden die Arbeiter vorläufig durch Versprechungen und durch Hege gegen revolutionäre Kameraden. Die Hege besonders soll auch die Arbeiterschaft von den täglichen Aufgaben des Klassenkampfes ablenken.

Im Gebiet selbst scheinen die SPD und die Bongen keine Verbindung mit der Außenwelt zu haben. Es wird mit verätselnder Absicht vermieden, von den Kämpfen und bevorstehenden Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Unternehmern im Waldburger Revier den Arbeitern Mitteilung zu machen. Das ist echt reformistische Taktik. Diesen Geruch der Fäulnis geben die Bongen bei jedem Schritt von sich.

Nun haben sie ihre Köpfe zusammengesteckt und haben einen Rettungsweg für die gefolterten Arbeiter gefunden. Folgende Besannmachung erlassen sie nun:

Sonnabend, den 5. April, nachmittags 6 Uhr, in der „Stadtbrauerei“ Kartellvollversammlung.

- Tagesordnung:
1. Zweck und Ziele der Konsumvereine.
 2. Die Bedeutung der Esperanto-Sprache.
 3. Rassenbericht.
 4. Verschiedenes.

Die Bongen weichen bemußt sogar einer Aussprache über die Forderungen der Arbeiter aus. In der Revierkonferenz am 23. stellte die Opposition die Frage der Eroberung der 7-Stundenschicht. Die Aussprache darüber wurde aber abgewiegt.

Es gilt diesen Bongen den schärfsten Kampf anzujagen. Auf der Tagesordnung der Kartellvollversammlung am 5. April muß stehen:

1. Wiedergewinnung der 7-Stundenschicht.

2. Arbeitsruhe am 1. Mai.

Wohl hat die SPD bereits Güte für 1. Mai abends gesichert, doch die Tagesordnung, herausgegeben vom Kartellvorstand, läßt erkennen, daß der 1. Mai kein Kampftag werden soll, wie er es seit 35 Jahren war, sondern nur ein friedliches Beisammensein von Passiften.

Den Arbeitern, die diese Judasse noch nicht erkannt haben, müssen die Augen vollends aufgehen, wenn sie diese Selbsterhalten der Eroberung des Sozialismus beobachten.

Es gibt nur eine Lösung für jeden Arbeiter:

Nieder mit den Kapitalisten,

Nieder mit den Verrätern am Proletariat.

Gottesberg. Schacher statt Klassenkampf. Angekündet von der sozialdemokratischen Epibemie der Lebensmittel-, Kleider- und Schuhverleiung, die den Klassenkampf ersuchen sollen, haben auch unsere Genossen in der Ortsleitung des DWA in Gottesberg einen Kleiderhandel angefangen. Sie glauben, die soziale Lage der Arbeiterschaft zu verbessern, indem sie von der Ökonomieverwaltung (!!!) billige Kleider kaufen, die sie an die Proletarier abgeben. Sie scheinen ganz vergessen zu haben, daß das Aufgaben der Genossenschaften sind und daß am wenigsten die Ökonomieverwaltungen, diese Schänder der Arbeiterschaft, berufen sind, zum Mitwirer einer proletarischen Organisation für die Befreiung mit irgendwelchen Erzeugnissen der Ökonomie zu sein. Die Aufgabe einer Ortsverwaltung ist, der Arbeiterschaft höhere Löhne zu erkämpfen und den Kontrollauschüssen im Kampfe gegen den Preiswucher zu helfen. Handeln sie so, dann ist dieser sozialdemokratische Charitative Kram überflüssig.

Indessen tönten die Stimmen der Arbeiter, Soldaten und Matrosen immer lauter durch das Land: man forderte die Bezeichnung der Verhafteten und richtete Mißtrauensvoten an die Regierung. Die schwächlichen Maßnahmen der Regierung bei der Unterdrückung des Juliaufstandes war ein deutliches Zeichen ihrer Kraftlosigkeit und verstärkte den Einfluß jener, die die Hoffnung nicht verloren, die Regierungsgewalt in die Hände der Sowjets zu legen. Der Zustand war ein Verhängnisballon: er hat uns vieles gelehrt und gezeigt, wie ein Zustand vorbereitet werden muß; er zeigte uns die Kampfmethode mit dem Gegner, aber die Regierung Kerenski's machte dieser Zustand nicht klüger. Kerenski war noch ein Volkstribun, aber kein Kämpfer und Schöpfer der Revolution. Von der bürgerlichen Revolution auf ein Medestal emporgeschoben, ruhte er bereits auf seinen Lorbeeren und jenen Rosensträuben aus, die ihm exaltierte junge Damen in Meetings zuwarfen. Er suchte mit seinen hübschen Phrasen die Popularität, er suchte keine Menschen mit starkem Willen, mit unerschütterlicher Festigkeit und der Fähigkeit, ihr Ziel unentwegt zu verfolgen. Er erkannte an jene Sittungsleuge, die vom Augenblick lebt und an das kommende Morgen nicht denkt. Er lehte sich überall zwischen zwei Stühle und bemerkte nicht den gähnenden Abgrund.

Bald wurden die politischen Gefangenen frei. Zuerst wurde Genosse Kamenew befreit, dann Genosse Trozki und nach und nach der Verlesene die anderen, oft gruppenweise, die Kasematten der Festung „Kresth“ und eilten auf ihre Plätze zurück. Kornilow's abenteuerliche Pläne untergruben die letzten Stützen der Kerenskiade, und wir waren alle frei.

Am 5. September unterzeichnete eine Gruppe von Inhaftierten, unter denen auch ich mich befand, ein Schriftstück, in dem wir uns verpflichteten, Petersburg nicht zu verlassen. Kaum waren wir in Freiheit gesetzt, so eilten wir nach Helsingfors, zum Zentrobalt und auf den Senatsplatz, wo ein neuer Feldzug gegen die Bastille der Proletarischen Regierung vorbereitet wurde.

Vor dem Gewitter

I.

Der Kornilow-Aufstand ging in Helsingfors auf den Schiffen und in der Wohnort Garnison nicht ohne Erfolg ab. Auf dem „Petropawlowsk“ wurden — dank der humanen Delegation der Regierung, die eine schriftliche Verabbarung der Offiziere forderte — drei Offiziere getötet, die diese Uebererklärungen verweigerten. Dieser an sich bedauernde Fall, der aber keinen direkten Weg den Matrosen zuzuführen war, hatte einen Teil in der Presse und seitens der weiteren Inhaftierten gegen die Matrosen des „Petropawlowsk“ zur Folge. (Bericht folgt.)

Aus der Provinz.

Stannow. Öffentliche Volksversammlung. Am 23. März fand hier eine Versammlung der SPD. statt, in der der Reichstagsabgeordnete C. v. P. sprach. Auf's Muffigste verstand er es, seine Partei als diejenige hinzustellen, die den Massen den Himmel auf Erden bringen will. Ein hohes Lob sang er auf die Ehren der SPD. Auch von dem vorerwähnten Reichstagsabgeordneten sprach er, hatte es aber absichtlich mit Absicht verpöndelt. Die Hilfsdienste zu erwähnen, die die SPD. dem Kapital bei der Niederdrückung des Proletariats leistete. Wer sich die Erfahrungen der letzten vier Jahre vor Augen führt, hat darüber nur eine, aber ganz bestimmte Meinung.

Ein Genosse von der SPD. stellte in der Diskussion fest, daß die Anwesenden beim Anhören des Referats betnahe eingeschlafen waren. Er hat den Referenten, auch über das Ermüdungsgefehl Aufklärung zu geben.

Ein ehemaliger Kommunist, jetzt Mitglied der SPD., sprach von seinen Erfahrungen in der SPD. Aber man kann es ihm schließlich verzeihen, denn das Wort: Vater, verziehe Ihnen, denn Sie wissen nicht, was Sie tun!, scheint extra für ihn gebredigt.

Achtung!

Geldeinzahlung betr.!

Wir machen die Mitteilung, daß es uns endlich gelungen ist, unser Postscheckkonto (Breslau Nr. 31059) wieder zu erhalten. Alle Einzahlungen können jetzt wieder durch das Postscheckamt erledigt werden, Zahlkarten mit unserer Nummer haben ihre volle Gültigkeit.

Dadurch glauben wir endlich in geordnete wirtschaftliche Verhältnisse zu kommen und wir bitten alle zur Zahlung an den Verlag verpflichteten Genossen, sofort ihren Pflichten nachzukommen. Durch die bisherigen Einzahlungsschwierigkeiten ist der größte Teil unserer Genossen mit der Geldablieferung im Rückstande geblieben und wir sind dadurch in große Schwierigkeiten geraten. Deshalb sind wir gezwungen, allen Ortsgruppen ohne Ausnahme am Donnerstag die Zeitung zu sperren, die nicht bis dahin alle abzurechnenden Zeitungen (also inkl. 14. Woche) mit uns ausliefern. Kolporteurs, die nur Teilbeträge sandten, erhalten nur so viel Zeitungsexemplare, als sie verrechneten. Kolporteurs, die uns auf der Zahlkarte Bestellungen machten, die wir erst jetzt erhielten, erhalten die Zeitung ab heute. Der früher gezahlte Betrag wird Ihnen für die 14. Woche gutgeschrieben.

Wir sind überzeugt, daß die rückständigen Kolporteurs ebensoviel Verständnis aufbringen wie diejenigen, die bisher ihren Zahlungsverpflichtungen nachgekommen sind.

Verlag und Expedition der „Schlesischen Arbeiterzeitung“.

worden zu sein. Ist auch kein Wunder, wenn man in einer Woche dreimal keine Zeitung ändert.

Die Genossen der SPD. hatten natürlich nicht verfehlt, diesen Diskussionsredner wie auch dem Herrn Referenten die richtige Antwort zu erteilen.

Deutsch-Rasselwitz. Öffentliche Wählerversammlung. Am Sonntag, den 16. März, fand hier eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: **Parlamentarismus und Demokratie**, die gut besucht war. Der Genosse O. aus Hinderburg sprach, ausgehend von dem Sturz der Monarchie im November 1918, und zeigte an ungeliebten Beispielen, was Demokratie und Parlamentarismus sind. Demokratie ist Wahlrecht, darüber vertritt sich die Diktatur der Bourgeoisie. Der deutsche Arbeiter müsse dem Schwindel ein Ende bereiten. Es gibt nur einen Weg — den Weg der sozialen Revolution, der der Arbeiterklasse den Sieg bringt. Andere grundsätzliche Forderungen sei: das Parlament muß beibehalten werden. Es muß erweitert werden mit der sozialdemokratischen Massenbasis! Gegen die Diktatur des Kapitals die Diktatur des Proletariats! Stärker Bekämpfung dieser Ausführungen. In der Diskussion meldete sich ein Anhänger der sogenannten **SD-Bewegung** (Freiland — Freiwirtschaft) und verurteilte die Ausführungen zu empfinden. Im Schlußwort widerlegte Genosse O. die Ansicht und betonte, der feste Zusammenhalt aller Ausgewählten und rücksichtslos Kampf sei notwendig, um den Sieg der Arbeiterklasse zu erreichen. — Die Versammlung war für uns ein guter Erfolg.

— Eine öffentliche Frauenversammlung der SPD. fand hier statt. Thema war: **Das Schicksal der deutschen Frauen und die kommenden Wahlen!** Durch unsere Propaganda waren alle, die in unserer Versammlung erschienen waren, gekommen, um Abschaffung zu halten mit der verräterischen Politik. Frau Hanke aus Hinderburg, verurteilte man den Frauen und anderen Frauen heranzuziehen, daß die SPD. die reinste Diktatur ist. In der Diskussion sprach Genosse O., der scharfe Abrechnung mit der Politik der SPD. hielt und der Versammlung bewies, daß die Rückkehr der SPD. nicht weit her ist. Frau Hanke, die keine sachlichen Argumente gegen unsere Genossen hatte, ging nun in sicherlich persönlicher Weise dazu über, im Schlußwort das zusammenfassende Gedächtnis der SPD. mit Lügen und Falschungen wieder anzuführen. Einige Kritik: Genosse J. hatte in der Metallarbeiterversammlung den Proleten gewiesen, in die Betriebe zurückzugehen. Genosse O. stellte unter allgemeinem Beifall fest, daß unser Genosse J. während dieser Zeit überhaupt nicht in einer Versammlung sprechen konnte, weil — J. J. J. schon vor dem Verbot

Sort mit der „Volkswacht“!

Achtung!
Schulentlassene Jugend!
Arbeitereltern!
Sonntag, 5. April, abends 8 Uhr
Schulentlassungsfeier
der kommunistischen Jugend Landesrat
im Saalhof „Der Saal“
Bestehend aus: Repräsentanten, Gesangsvereinen, Theater, Ansprachen, Eintritt ist für alle frei. Arbeitereltern, Schulentlassene, Jugendliche kommt und hört, was Euch die kommunistische Jugend sagt und bietet. Eintritt für alle ist frei. Hermit freundlich eingeladen.
Kommunistische Jugend, Landesrat.

Wo interessiert man am ?
vorteilhaftesten ?
Nur in der „Schles. Arbeiter-Zeitung“

Achtung!
Wilhelm Ruenerhase
Sternstr. 741 Breslau | Sternstr. 741
Rupprechtstraße 16 Rubben
Herren, Frauen und
Arbeiter-Garderoben
Reichhaltiges Lager, Reparaturen und
Reparaturarbeiten für alle Branchen
seiner Filiale!

Achtung!
Betriebsräte
des Kreises Waldenburg!
Am Sonntag, den 5. April 1921
abends 7 Uhr im Restaurant **Goldener**
Versammlung aller Betriebsräte
der Opposition.
Bericht von der Reichsbetriebsräte-
Versammlung in Halle
Es ist unbedingte Pflicht aller Betriebsräte
zu erscheinen!
Volksgesundung der
oppositionellen Betriebsräte.

Billigste
Wohnquelle
in Faltershausen und
Garten f. Schneider
Herbert Schatz
Weißbergstr. 43

Gebrauchte
Möbel
haben Sie billig bei
Klappauf, Brüderstr. 35

Nähmaschinen
kauf Wienziers
Görlitzer Str. 6. 601
Tuch-Ausschnitt
knappste, modern-
ste Stoffe und Mantelstoffe
aus 1.00 Stk. an 65
Neumann & Co.
Breslau, Paulstr. 16-18

Beachtet unsere Inserenten!
Berichtungs-Kalender.
Berichtungs-Kalender. Einmalige Druckgruppen-Berichtungs-Kalender. Einmalige Druckgruppen-Berichtungs-Kalender. Einmalige Druckgruppen-Berichtungs-Kalender.

Verantwortlich für den gesamten Text: Max Gläser.
Breslau, Inzerale: Max Gläser, Breslau. — Druck
und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien
e. V. m. b. H., Breslau, Trebnitzer Str. 50.

der Partei im Oberlauffen Gefängnis liegt. Schuld daran ist die SPD, die durch sozialdemokratische Bonzen, Ulrich Lunden, den Genossen J. J. J. bei den Behörden denunzierten. Der Vorkämpfer der Frau Hanke, Franz, weiß ganz genau, welche Bewandnis der H. J. J. hat, der in Gleiwich auf dem Polizeivollzugsdienst liegt. Erhöhen hat Frau Hanke das Blaue vom Himmel herunter. Sie schwang sich sogar dazu auf — weil sie dem Genossen O. keine Beweise entgegenbringen konnte —, untern Genossen zu denunzieren, d. h. die Polizei aufmerksam zu machen, daß das nicht der richtige Name ist und daß er aus Sachen stammt. Es war jedenfalls zueifel, was die SPD. auf dem Herdholz hat. Und diese Menschen haben Angst, daß die schon sich entfernenden Felle für sie nicht mehr zurückzubekommen. Lüge und Verleumdung, Schmähung der im Gefängnis sitzenden Revolutionäre, das ist echt sozialdemokratisch. Doch die Arbeiter werden der falschlichen SPD. schon den wohlverdienten Fußtritt geben. Arbeiter von Rasselwitz, zeigt, daß auch bei euch die Politik der verräterischen SPD. keinen Platz hat! — Kämpft mit der kommunistischen Partei! Dann wird es nicht mehr lange dauern und die Konterrevolution wird auch in Deutschland zum Teufel gejagt werden.

Glegny. Versammlung des Deutschen Nationalen Arbeiterbundes. Hier hatte der Deutsche National-Arbeiterbund des Kreises Glegny die Bewohner zu einer öffentlichen Volksversammlung nach dem großen Wintergarten eingeladen. Referent war der berühmte „Arbeiter“ Henning, aus Wietzen. Sein Referat war ein ganz herausragendes gegen die Genossen J. J. J. sprach er um einen großen Stimpelgang zu machen, von der Bedeutung des 4. Mai, bezgl. vom nationalen Gefühl, welches jeder Arbeiter haben mußte, und er sprach weiter von den nationalen Verbänden. Bei dieser Gelegenheit forderte der saubere „Arbeitervertreter“ die Massen auf, in den Stahlhelm einzutreten, worauf er gleich die richtige Antwort erhielt und eine große Erregung sich bemerkbar machte. Den Gipfel der Unverschämtheit, bei dem dieser Mensch sein höchstes Gesicht zeigte, erlangte der Redner als er sagte, daß bei der Wahl sehr nach der Wahl ein anderer Wind wehen möchte, denn die Deutschen nationalisten müßten wieder ans Ruder kommen. Die Proleten verstanden nicht zu regieren. Ebenfalls möchte ein nationaler Reichspräsident dieses Jahr gewählt werden, damit Deutschlands Ansehen wieder im Ausland steige. Die Versammlung unterbrach den Referenten mehrmals und wollte sogar herbeistehen von der Bühne herunterstufen. Auch wurde die Versammlung von Schupo in Zivil und Uniform überwacht, ebenfalls von Kriminalen. In der Aussprache beteiligten sich unter anderen der Redakteur der „Volkswacht“ J. J. J., welcher es auch nicht über's Herz brachte, gegen die Kommunisten ins Feld zu rücken. Den Schluß der Diskussion machten die Genossen Geister und Sophie Fröh, welche den Deutschen Nationalen sowie den SPD.-Banden die Karte vom Gesicht rissen und mit einem Appell an die Versammlung sich wendeten, am 4. Mai der SPD. ihre Stimme zu geben. Als der Referent das Schlußwort geben wollte, begann eine tumultuarische Erregung im Saal, so daß der Redner nicht insaufende war, sein Schlußwort zu halten. Unter Abhängen der Internationale verließ die Menge den Saal. Ein solches Fiasko hatte sich der Deutsche Arbeiterbund nicht träumen lassen. Wir rufen aber den Herren von der Rechten zu: Wenn Sie wollen noch mehrere solche Fiaskos erleben, dann müssen Sie wieder einen „Arbeiter“ Henning als Referenten bestellen.

Hagnau. Wie sich der Stahlhelmbeneidigt offenbart! Es sagt ein Witzspruchwort: Ein reines Gemissen ist ein sanftes Kuckhähnchen. Daß der Vorsitzende vom Stahlhelm es nicht hat, beweist seine Vorkaufstellung, er sei von Arbeitern unbearbeitet beherrscht. Es soll ja dieses vorgekommen sein, daß Angsthäsen Helmbeneidigt mimen und sogar die Brust eines Feiglings mit Orden der Tapferkeit besetzt ist. Sicher kommt es nicht alle Tage vor, daß die Behörde auf solche alberne Dinge einget, wie dieses in Hagnau der Fall ist. Sollte die Hagnauer Polizeibehörde nichts anderes zu tun haben, vielleicht schafft der Abbau hierin Wandel. In Hagnau hielt die Ortsgruppe unserer Partei eine Mitglieder-versammlung ab, in welcher Stellung zu den Kommuneahlen sowie zu dem Neuerweihen der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ genommen wurde. Dieses genügte schon, das sanfte Gemissen des Stahlhelms Wurm in Bewegung zu bringen. Wahrscheinlich hätte er sich schon als Leiche, erschlagen von den internationalen Volksgewissensjägern. In seiner Aufregung verirrte er sich, anstatt bei einem Arzt, langte er bei der Polizei an. Hier eröffnete er, daß die Volksgewissen ihm nach dem Leben trachteten, nach seinem ruhmreichen Helmbeneidigt lechzt das Volksgewissensjäger, welches gar keine Ahnung hat von der Liebe eines Nationalhelmbeneidigt, der, wenn auch nicht Kapitalist, so doch aber der Haushälter. Sofort jagte die Polizei den republikanischen Volksgewissensjäger in Bewegung, damit ja nicht ein guter nationaler Mann vor Angst seinen Geist aufgibt. Etliche Genossen wurden beschuldigt, beschloffen zu haben, Wurm abzuhauen und ihn zu erschlagen. O Genoss, diese Schicksaligkeit ist auch zu groß, nicht mal eine Kugel wollte man ihm gönnen, wie ein räuberischer Hund sollte er erschlagen werden. Die Polizei schien unzufrieden zu sein, sie ließ diese Beschuldiger aufpassen. Nur weiß man nicht, soll man über so etwas lachen oder weinen. Wir können aber dem Herrn Wurm helfen, wenn dieses die Polizei nicht kann. Erhöhen wir keine Hilfsmittel sind, haben wir Mitleid mit seiner Krankheit und raten dem Herrn Polizeiarzt F. J. J., weil wir mit Wurm nicht zusammenkommen, ihm zu raten, sich so schnell wie möglich in ärztliche Behandlung zu begeben. Dann wird er bestimmt noch den sich zeigenden Symptomen des Verfolgungswahns noch geheilt werden können. Der Polizei trauen wir diese Fähigkeit nicht zu.

Dittersbach. Wie durch den Abbau gelbart wird. Fast alle Arbeiter der Eisenbahnunterhaltungsabteilung sind auf dem Bahnhofs Dittersbach zufolge des Abbaues entlassen worden. Weil die Arbeiter demnach gemacht werden müssen, so wurden diese an einen Unternehmer vergeben. Früher erhielten die Arbeiter einen Stundenlohn von 21 Pf. Dem Unternehmer zahlt die Eisenbahnverwaltung aber ganz 25 Pf. pro Stunde. Es fragt sich nur, wozu überhaupt abgebaut wurde! Wahrscheinlich, um den voll- und gutbezahlten, aber nur wenig beschäftigten Aufsicht- und Verwaltungsbearbeitern Beschäftigung zu verschaffen.

Bergarbeiter des Oberlauffen Handreviers!

Alle revolutionären Bergarbeiter wählen am Sonntag, den 6. April, als Delegierten zur Generalversammlung der SPD. den Verbandskollegen

Dulschmann-Hirschfeld.
Es gilt den Kampf gegen die verräterische Politik der reformistischen Führer.

Geißdorf. Volksversammlung. Am Sonntag, den 30. März, fand hier die erste öffentliche Volksversammlung der SPD. nach Aufhebung des Ausnahmezustandes statt. Genosse J. J. J. hielt ein längeres, lerniges Referat, ging der Politik der Gegner schwer zu Leibe und zeichnete die kommunistischen Ziele auf. Der starke Beifall während und nach dem Referat bewies, daß die Saat auf guten Boden fiel. Mehrere Aufnahmen in die Partei und eine stattliche Summe für den Kampffonds waren der äußere Erfolg.

— **Angsthausen.** Für Sonntag, den 30. März, hatte die SPD. eine Mitglieder-Versammlung nach dem „Prinzipal“ einberufen. Auch einen Referenten hatte man bestellt, und zwar Herrn Ruffjan aus Rauban. Als nun aber am Sonntag, den 29. März, die Plakate der Kommunisten angeheft wurden, und man sah, daß die Versammlung in demselben Saal stattfand, nur eine Stunde später, entstand eine große Verwirrung. Und siehe da! Am Sonntag mittag wurde das Zimmer im „Prinzipal“ abbestellt und Herr Ruffjan reiste mit der Geißdorfer Garde in die „Brauerei“. Ob diese Leute ein Orakel bekommen, wenn Kommunisten in der Nähe sind, oder ob wir nicht sehen sollten, daß immer nur 6-7 Mitglieder in ihrer Versammlung anwesend sind, mag dahingestellt bleiben. Aber „fürchtet euch nicht, ich bin bei euch!“ Die Behörde hat nicht geschlafen, und sandte den hiesigen Landjäger in die kommunistische Versammlung, damit nicht etwa bei Wiederkehr im Saal eine Revolution ausbreche, trotzdem man die Versammlung vorher genehmigt hatte.

Neumarkt. Front Heil! So lautet der Gruß der Befreier Deutschlands, die mit der Stahlhelmmähe umherstreifen. Sieht man sich diese Helmbeneidigt genauer an, so findet man, daß sie ihre Tapferkeit in den Beinen haben, denn wird ihnen die Wahrheit gesagt, so ziehen sie den schmachtvollen Rücken einem ehrenvollen Untergange vor. Ueberhaupt zeigen sie ihre Tapferkeit mit Vorliebe in den Gasthäusern. Denn das Gasthaus ist ihre Front und der Alkohol ihr Heil. Am Freitag, den 21. März 1921, hatten sie eine Kreisversammlung in Neumarkt im „Hotel „Hohes Haus“. Da kamen diese Helmbeneidigt, 200-300 Mann stark, auf Wagen und Fahrrädern angefahren, sangen im Saal „Deutschland, Deutschland über alles“ und wurden durch Handauflegen auf zwei gekreuzte Degen auf König und Vaterland vereidigt.

Noch kurz einen Ueberblick über die Stahlhelmeule selbst. Ein Teil davon sind junge Burschen von 15 und 16 Jahren. Der andere Teil sind die Kriegsgewinnler, und die, welche noch übrig bleiben, das sind die Kriegsdrückberger. So sehen die „Befreier Deutschlands“ aus. Arbeiter, seht sie euch genau an, und ihr werdet wissen, was ihr von ihnen zu halten habt.

Oppeln. Die rote Kapelle im Cafe Residencial. Gleich dem Hehl im Karpfenteich haben die Künstler einige Monate den letzten Spießern nachgewiesen, daß mitunter auch unter einem Grad und einer weißen Weste ein proletarisches Herz schlägt. Weder gute Worte, noch einige Rentenmark vermochten hier Konzessionen abzurufen, um vielleicht den Patrioten ihre so geliebten patriotischen Weisen vorzuspielen. Wie muß den treudeutschen Männlein und Weiblein zumute gewesen sein, als die Kapelle am Todestage des deutschen Lenin einen Trauermarsch spielte. Oder gar als die deutschen Ordnungshüter im hohen Kragen und der grauen Uniform einmal besonders stark vertreten waren, sie die Marcellaile schlucken mußten. — Wenn trotzdem der Besuch an Gästen eher stärker als schwächer wurde, so ist das der beste Beweis, daß die musikalischen Leistungen auf der Höhe sind und künstlerisch am Ort zurzeit nicht überboten werden können.

Wenn solche Genossen sich an dem Parteiloben nicht so beteiligen, als wir das sonst gewöhnt sind, so liegt das eben daran, daß sie der Beruf an eine bestimmte Stelle fesselt. Aber schließlich soll man ja als Kommunist überall den Klassenkampf führen, und sei es vom Podium des Künstlers herantretend.

— **Erwerbslosenversammlung.** Genosse Hante als Vorsitzender gab einen Tätigkeitsbericht, mit dem besonderen Hinweis, daß es nur möglich war, keine Uebelstände abzufestellen, daß nach wie vor nur der Einsatz sämtlicher Erwerbslosen und Vollbeschäftigten die Ohnmacht der Arbeiter brechen und ihnen wieder zur Macht verhelfen kann. Abgesehen von der Frage, was überhaupt als Notstandarbeit anzusehen ist, machen Regierung und Unternehmer ein Riesengeschäft, da das Geld für diese Arbeiten durch die erhöhten Kranenlöhnebeiträge ausgebracht werden muß. — Genosse M. H. gab einen Klassenbericht, den die Revision in Ordnung gefunden hatte. Zum Schluß gab Genosse G. H. als Vorsitzender des Bezirks-Erwerbslosenrat einen kurzen Bericht vom übrigen ober-schlesischen Gebiet. Bei den bevorstehenden Wahlen müssen sich die Arbeitslosen aktiv an der Wahlpropaganda beteiligen. Uebergehend machte er allen klar, daß nur die kommunistische Partei für die Arbeitslosen in Frage komme. Die Diskussion ergab allseitige Zustimmung. Zum 1. Mai wurde beschlossen, an der Spitze zu marschieren, da gerade die Erwerbslosen die besonderen Opfer der heut herrschenden verfehlten Wirtschaftsordnung sind.

Verantwortlich für den gesamten Text: Max Gläser.
Breslau, Inzerale: Max Gläser, Breslau. — Druck
und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien
e. V. m. b. H., Breslau, Trebnitzer Str. 50.